

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Koppe und Hitzing (FDP)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit

Misshandlung von Kindern in staatlichen Kinderheimen in Thüringen

Die **Kleine Anfrage 602** vom 21. Mai 2010 hat folgenden Wortlaut:

Der Bundestag will Misshandlungen ehemaliger Kinder aus Kinderheimen umfassend aufklären. In einer Nationalen Konferenz sollen Experten die "Fehlentwicklung in den Kinderheimen von 1945 bis 1975" aufarbeiten. Bundesweit seien etwa eine halbe Million Kinder nach Schätzungen von Experten betroffen. Viele wurden nicht nur körperlich, sondern auch sexuell missbraucht oder mussten zwangsweise arbeiten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Misshandlungsfälle in staatlichen Heimen und Einrichtungen zur Kinderbetreuung bzw. -erziehung sind der Landesregierung im o. g. Zeitraum in Thüringen bekannt (bitte pro Jahr ausweisen)?
2. Welche Heime und Einrichtungen waren von Misshandlungsfällen besonders betroffen?
3. Sind der Landesregierung Fälle von Misshandlungen in staatlichen Heimen und Einrichtungen zur Kinderbetreuung bzw. -erziehung auch für den Zeitraum 1976 bis 1990 bekannt?
4. Sind der Landesregierung Fälle von Misshandlungen in staatlichen Heimen und Einrichtungen zur Kinderbetreuung bzw. -erziehung im Zeitraum 1990 bis heute bekannt? Wenn ja, wie viele? (bitte pro Jahr ausweisen)
5. Welche Heime und Einrichtungen waren davon betroffen (bitte einzeln auflisten)?

Das **Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 12. Juli 2010 wie folgt beantwortet:

Die vorliegenden Zahlen resultieren im Wesentlichen aus den Kontakten des zuständigen Beraters und Ansprechpartners für Betroffene bei der Landesbeauftragten des Freistaats Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (TLStU). Es wurden bisher Gespräche mit 212 Betroffenen, welche in ehemalige Kinderheime oder Jugendwerkhöfe der DDR-Jugendhilfe eingewiesen worden waren, geführt. Diese Betroffenen hatten sich im Zeitraum von Juni 2009 bis Juni 2010 mit der Bitte um Unterstützung bei der strafrechtlichen Rehabilitierung der in Heimen und Jugendwerkhöfen verbrachten Zeit an die Beratungsinitiative der TLStU gewandt.

Etwa die Hälfte der Schilderungen von den Betroffenen bezog sich auf Aufenthalte in damaligen Heimen und Jugendwerkhöfen, die heute dem Freistaat Thüringen zuzuordnen sind. Sehr viele der Betroffenen waren erst jetzt in der Lage, über die damalige Zeit in den Einrichtungen zu sprechen. Insofern ist die bisherige Zahl der Betroffenen, die sich gemeldet haben, nur bedingt als abschließend zu betrachten. Angesichts der hohen Hemmschwelle bezüglich persönlicher Äußerungen muss von einer weitaus höheren Dunkelziffer ausgegangen werden.

Zu 1.:

Die Kinder und Jugendlichen waren oft mehr als ein Jahr im gleichen Heim untergebracht. Eine exakte Aufschlüsselung der Aufenthaltsdauer ist unter anderem auf Grund einer unvollständigen Aktenlage nicht möglich. Weiterhin liegen hier teilweise auf Grund der traumatischen Ereignisse und des zurückliegenden Zeitraumes erhebliche Erinnerungslücken vor.

Die Erwähnung von Misshandlungen durch die Betroffenen erfolgte ohne Zuordnung zu einem speziellen Jahr.

Von den Betroffenen wurden folgende Heime erwähnt:

Normalheime (für Kinder und Jugendliche ohne Erziehungsschwierigkeiten; zur Unterbringung von elternlosen und entwicklungsgefährdeten Kindern und Jugendlichen)		
	Anzahl der Betroffenen	Zeitpunkt bzw. Dauer der Heimaufenthalte
Kinderheim in Benshausen	1	1968
Kinderheim in Elgersburg	2	1954 bis 1957 1960
Kinderheim Erfurt–Nonnholz	1	1953 bis 1955
Kinderheim in Heldburg	4	1961/62 bis 1970 1955 1968 bis 1973 1956 bis 1959
Kinderheim in Jena Am Friedensberg	1	1972
Kinderheim in Marisfeld	2	1961 1968 bis 1969

Spezialkinderheime (für Kinder und Jugendliche mit Erziehungsschwierigkeiten; zur Umerziehung von schwer erziehbaren Kindern und Jugendlichen)		
	Anzahl der Betroffenen	Zeitpunkt bzw. Dauer der Heimaufenthalte
Kinderheim in Altengottern	2	1969 1970 bis 1972
Kinderheim in Bad Blankenburg	2	1974 1971/1972 bis 1978
Kinderheim in Bad Köstritz	2	1948/1949 1971/1972
Kinderheim in Bad Liebenstein - Schweina II	1	1967/1968
Kinderheim in Rauschdorf (Stadt- roda)	1	1973/1974

Durchgangsheime (für kurzzeitige Unterbringung von aufgegriffenen Kindern und Jugendlichen zum Zwecke der Klärung der Umstände und Weiterleitung)	
Erfurt	6 Betroffene
Gera	3 Betroffene
Schmiedefeld	7 Betroffene

Für die Durchgangsheime liegen keine Angaben zu den Zeitpunkten bzw. der Aufenthaltsdauer vor. Für den Aufenthalt in Durchgangsheimen war in der Regel eine Dauer von drei bis vier Tagen vorgesehen. Aktenkundig ist, dass die Aufenthaltsdauer in der Regel deutlich überschritten wurde.

Jugendwerkhöfe (für schwer erziehbare Jugendliche)		
	Anzahl der Betroffenen	Zeitpunkt bzw. Dauer der Heimaufenthalte
Gebesee	1	1969 bis 1972
Friedrichswerth	1	1975
Höngeda	1	1961 bis 1964
Hummelshain	1	1956 bis 1959
Wolfersdorf	2	1971 bis 1973; 1975

Zu 2.:

Derzeitig lassen die Rückmeldungen von den Betroffenen noch keine eindeutige Systematisierung oder Kategorisierung von Heimen und Einrichtungen zu, in denen es besonders häufig zu Misshandlungsfällen kam.

Es zeichnet sich jedoch ab, dass in den Schilderungen der Betroffenen aus den Spezialheimen Misshandlungen durchgängig genannt werden.

Aus Durchgangsheimen wird grundsätzlich über psychische und physische Misshandlungen von den Betroffenen berichtet.

Zu 3.:

Ja; aus den Gesprächen mit den Betroffenen sind auch für diesen Zeitraum Schilderungen zu Misshandlungsfällen bekannt. In den Darstellungen und Berichten der Betroffenen zu den Misshandlungen gibt es keine wesentlichen Unterschiede im Vergleich zu dem Zeitraum vor 1976.

Zu 4.:

Nein; für den benannten Zeitraum sind der Landesregierung keine Fälle von Misshandlungen Schutzbefehlener bekannt. Darüber hinaus hat die Landesregierung Kenntnis von Einzelfällen, über die in den Medien berichtet wird. Es handelt sich dabei um Verdachtsfälle, die nicht abschließend geklärt sind.

Zu 5.:

Hierzu wird auf Frage 4 verwiesen.

In Vertretung

Dr. Schubert
Staatssekretär